

## Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 02.06.2017

Betreff: Handhabung von Beschäftigungserlaubnissen für die Berufsausbildung von  
Geflüchteten:  
Ausbildungsduldung der 3+2-Regelung anwenden;  
- Dringlichkeitsantrag der Frau Stadträtin Sigi Hagl vom 24.05.2017, Nr. 537

Referent: Ltd. Rechtsdirektor Harald Hohn

Von den 45 Mitgliedern waren 35/33 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

mit gegen Stimmen beschlossen (s. Einzelabstimmung):

1. Der während der Beratung gestellte Antrag des Herrn Stadtrates Dr. Thomas Haslinger auf Schluss der Beratung wird abgelehnt. 21:14
2. Dem während der Beratung gestellten Antrag des Herrn Bürgermeisters Dr. Thomas Keyßner auf Schluss der Rednerliste wird entsprochen. 24:11
3. Der Stadtrat unterstützt inhaltlich die Positionierung des Bayerischen Städtetages im Rundschreiben vom 30.05.2017 in dieser Angelegenheit und regt eine Umsetzung dieser Vorschläge durch das Ministerium des Innern, für Bau und Verkehr in die ministeriellen Handlungsanweisungen an. 16:19 (abgelehnt)
4. Vom Bericht des Referenten über die Rechtslage, die für die Ermessensausübung anzulegenden Kriterien, deren Handhabung sowie über die Handlungsvorgaben des übergeordneten Ministeriums wird Kenntnis genommen. Ferner wird davon Kenntnis genommen, dass aufgrund der in jedem Fall anzustellenden individuellen Abwägung generelle Handlungsvorgaben nicht erteilt werden können. 21:12

Landshut, den 02.06.2017  
STADT LANDSHUT

Alexander Putz  
Oberbürgermeister